

Presseeinladung: Protestaktion bei der Ausländerbehörde in Berlin am Donnerstag, den 26. Juli 2018, von 08:00 – 11:00 Uhr:

„Kein Geld für Völkermordbotschaften!“ - Gegen die Nötigung syrischer Geflüchteter zur Kooperation mit dem syrischen Regime

Am Donnerstag, den 26. Juli 2018, demonstrieren AktivistInnen mit und ohne syrische Wurzeln mit einer Protestaktion bei der Ausländerbehörde gegen eine höchst problematische Verwaltungspraxis: Berliner Behörden verlangen immer häufiger von Geflüchteten aus Syrien die Verlängerung des Passes bei der syrischen Botschaft in Berlin. Diese Aufforderungen bringen Menschen, die vor dem syrischen Regime geflohen sind, in unmittelbare Gefahr. Zudem kommen auf diese Weise der Diktatur von Machthaber Assad erhebliche finanzielle Mittel zu.

- Was: “Kein Geld für Völkermordbotschaften!” - Protestaktion vor der Ausländerbehörde in Berlin
- Wann: Donnerstag, den 26. Juli 2018 von 08:00 Uhr
- Wo: LABO Ausländerbehörde Berlin - Hauptstandort Berlin, Haupteingang, Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin
- Wer: Free Syria Action Group - Berliner AktivistInnen mit und ohne syrischem Hintergrund
- Bei der Protestaktion gibt es die Gelegenheit zur Bildberichterstattung

Seit einiger Zeit häufen sich Berichte darüber, dass syrische Geflüchtete von deutschen Behörden aufgefordert werden, die syrische Botschaft in Berlin aufzusuchen, um ihren Pass verlängern, bzw. ihre Identität bestätigen zu lassen. Insbesondere wird berichtet, dass in Berlin seit Mai 2018 keine Reiseausweise für SyrerInnen und andere Ausländer mehr ausgestellt werden, sondern stattdessen ein Botschaftsbesuch für Dokumente verlangt wird. Diese Praxis betrifft vor allen Dingen Geflüchtete mit subsidiärem Schutzstatus. Anderen Berichten nach erfolgt diese Aufforderung im Zusammenhang mit der Verlängerung des Aufenthaltstitels oder verschiedenen Angelegenheiten: Probleme gibt es sogar bei der Jobcenteranmeldung, der Wohnungssuche oder bei einer anstehenden Heirat.

Diese Praxis ist aus vielfachen Gründen höchst problematisch, denn:

- In der syrischen Botschaft arbeitet der syrische Geheimdienst. Somit erfahren die syrischen Behörden den Aufenthaltsort und anderes über diejenigen, die in der Botschaft vorsprechen. Das kann die von dem Regime Verfolgte, die hier Zuflucht gefunden haben, sowie ihr persönliches Umfeld (auch in Syrien) in große Gefahr bringen.
- Für Menschen, die einen Asylantrag stellen, kann ein Besuch der Botschaft des Heimatlandes ein erfolgreiches Asylverfahren gefährden. Denn die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder die Anerkennung als Asylberechtigte/r kann dadurch erlöschen.
- Das syrische Regime verlangt für die Ausstellung oder Verlängerung eines Passen je nach Dringlichkeit einen Betrag von 165 und 725 Euro. Bei vielen hunderttausend Geflüchteten aus Syrien, deren Pässe abgelaufen sind oder in absehbarer Zeit ablaufen werden, entsteht auf diese Weise eine finanzielle Förderung des syrischen Regimes in dreistelliger Millionenhöhe!

Kontakt / Rückfragen: Sophia Deeg, sophia_deeg@yahoo.de; 0152 58645312